



WILLY BRANDT

Der Bundesminister des Auswärtigen

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 7. MAI 1969



Gerade hier in Hamburg vor dem Übersee-Club über Hauptfragen der deutschen Außenpolitik zu sprechen, ist mir eine ehrliche Freude. Denn nicht immer findet der deutsche Außenminister ein Publikum, das gewohnt ist, über die Grenzen unseres Landes hinauszusehen. Hier wissen wir miteinander, daß man die eigenen Interessen nur dann verfolgen kann, wenn man die Interessen anderer kennt und sich darauf einstellt. Sie, meine verehrten Zuhörer aus der Außenwirtschaft und aus der Schiffahrt, scheuen das Risiko nicht; aber Sie wägen auch nüchtern, und Sie wissen, welche Umsicht im kleinen große Aufgaben erfordern. Die Gefahr von Mißverständnissen zwischen uns wird also gering sein.

Deutsche Außenpolitik, meine Damen und Herren, ist Sicherheitspolitik in vielfacher Hinsicht. Ich möchte sechs Kriterien einer so verstandenen weltweiten deutschen Sicherheitspolitik nennen:

Erstens: Zunächst in dem ganz einfachen Sinne, daß unsere Zukunft von der Erhaltung des Friedens abhängt. Den Frieden zu erhalten, jedenfalls dabei nach Kräften mitzuwirken, ist eine Lebens- und Existenzfrage schlechthin.

Zweitens: Heute und für absehbare Zeit beruht unsere Sicherheit auf dem nord-atlantischen Bündnis, zu dessen Aufwendungen wir beitragen, an denen wir uns wesentlich beteiligen. Das Bündnis, in das sich unser freundschaftliches Verhältnis zu den Vereinigten Staaten einfügt – als entscheidendes Element einfügt –, ist für uns von so großer Bedeutung, daß ich mich dazu an dieser Stelle nicht näher zu äußern brauche.

Drittens: Müssen wir für die Zukunft gleichwohl die Möglichkeit ins Auge fassen, daß Sicherheit nicht nur durch Rüstung, sondern auch dadurch erreicht werden kann, daß nach Ausgleich von Interessen die Gefahr von Angriffen schwindet oder jedenfalls geringer wird. Dies stellt die Frage nach der Überwindung der europäischen Konfrontation zwischen Ost und West, und ich habe noch im Ohr, was Präsident Nixon vor einem Monat in Washington aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens der NATO sagte. Er betonte die Doppelaufgabe – double burden – der Allianz, die wir mitformuliert haben, das heißt die Abkehr vom einseitigen Sicherheitsdenken und das Bereitsein, ausgehend von der gemeinsamen westlichen Grundlage, über den Abbau von Spannungen zu sprechen und über neue Vorkehrungen auf dem Gebiet der Sicherheit zu verhandeln.

Viertens, meine Damen und Herren, erhält unsere Europapolitik auf diesem Hintergrund eine zusätzliche Bedeutung. Auch hier handelt es sich um eine Doppelaufgabe, nämlich einmal um den Ausbau und die Erweiterung der westeuropäischen Gemeinschaften und zum anderen um die Vorbereitung solcher Ost-West-Beziehungen, die einer gesamteuropäischen Friedensordnung den Weg ebnen können.

Fünftens erfordert Sicherheit aber auch in einem ganz anderen Sinne, daß wir unsere Märkte erhalten und ausbauen, daß wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig und interessant bleiben. Es ist eine Binsenwahrheit, wenn ich sage, daß die Bundesrepublik Deutschland darauf angewiesen ist, daß die Wirtschaft funktioniert. Wir sind exportempfindlich, und unsere Menschen reagieren aus Erfahrung empfindlich auf Erscheinungen wirtschaftlicher Unsicherheit. Daran sind wir 1966/67 noch einmal alle miteinander erinnert worden. Jedenfalls, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft steht in einer unmittelbaren Wechselwirkung zur inneren Stabilität der Bundesrepublik, und dies heißt, unserer Sicherheit.

Ich habe besonders genau zugehört, als Präsident Stödter über die Währungsdiskussion gesprochen hat, und es war für mich wertvoll, zu hören, was er dazu zu sagen hatte. Aber ich denke, es liegt ganz im Sinne seiner Erwägungen, wenn sich ein Mitglied der Bundesregierung in diesen Tagen, wo es sich um öffentliche Äußerungen handelt, besonders zurückhält. An der Währungsdiskussion ist, soweit sie von Regierungsmitgliedern geführt wird, überwiegend zu bemängeln, daß sie überhaupt geführt wird; denn dieses ruft Wirkungen hervor, die draußen zum Teil als schlechter Wille oder als Dummheit aufgefaßt werden, und beides ist abträglich für die Stellung der Bundesrepublik und ihrer Wirtschaft in der Welt. Es gibt ja außerdem auch sonst im Leben – wir haben schon einen schönen Vergleich dazu gehört durch den Präsidenten des Obersee-Clubs – Dinge, die man tut, wenn sie getan werden müssen, dann, wenn es hineinpaßt in einen Rahmen, oder die man sein läßt, über die man jedenfalls nicht unnötig viel redet.

Aber ich habe noch einen **sechsten** Punkt nennen wollen bei dieser Skizzierung von Elementen einer umfassend verstandenen Sicherheitspolitik, und da kann ich direkt anknüpfen an das, was Bürgermeister Weichmann eben gesagt hat. Es wird nämlich bei uns noch immer zuwenig erkannt, daß die Hilfe zur Selbsthilfe für Entwicklungsländer und deutsche Investitionen in diesen Ländern nicht nur erforderlich sind, weil dies allgemein guten Prinzipien entspricht. Es entspricht auch unseren Sicherheitsinteressen. Ich will nicht einmal notwendigerweise jetzt einen denkbaren Nord-Süd-Konflikt heraufbeschwören, obwohl man die Frontstellung einer ungeheuren Masse von Habenichtsen gegen die Minderheitsvölker, die sich eines hohen Standes der Industrialisierung und des Lebensstandards erfreuen, nicht ausschließen kann. Aber wir haben doch selbst hier alle miteinander erfahren – zweimal haben wir es erfahren –, wie aus Krieg Hunger werden kann. Aus Hunger kann auch Krieg werden. Die Frage, ob es in vielen Ländern dieser Welt gelingen wird, Bevölkerungszuwachs, Bildungszuwachs, Zuwachs an Arbeitseffektivität und damit Zuwachs an Lebensstandard auf einen Nenner zu bringen, ist eine Frage der Innenpolitik in diesen Ländern, und das kann man von außen nur sehr bedingt beeinflussen. Man darf ja die Innenpolitik in ihrer Auswirkung auf außenpolitische Entscheidungen und Entwicklungen auch in unserem Teil der Welt nicht unterschätzen. Dies sage ich nicht nur als Vor-

sitzender einer großen Partei, sondern gerade als Außenminister, der im Negativen mehr als im Positiven mehr als einmal erlebt hat, wie stark die Innenpolitik die Außenpolitik beeinflußt.

Daß die Welt zusammenwächst, meine Damen und Herren, das hat sich inzwischen herumgesprochen. Diese Binsenwahrheit bedeutet, daß die Probleme zusammenwachsen, einander bedingen. Man könnte fast sagen, daß es Fragen von Rang nicht mehr gibt, die isoliert lösbar sind. Deshalb muß unsere Politik weltweit angelegt sein. Dies gilt so zum erstenmal in der deutschen Geschichte, obwohl wir weiß Gott keine Weltmacht sind und auch keinen Großmachtträumen nachjagen. Dennoch sind Stellung und Haltung der Bundesrepublik Deutschland, positiv oder negativ, ein Faktor in fast allen Hauptstädten der Welt.

Ich stehe sicher nicht in dem Verdacht, der deutschen Teilung Geschmack abzugehn. Aber selbst in diesem Fall unserer nationalen Not gilt, daß nichts so schlecht ist, als daß es nicht noch irgend etwas Gutes habe. Damit meine ich jetzt folgendes: Die Konfrontation mit der DDR, das Auf-der-Hut-Sein ihr gegenüber, hatte zur Folge, daß die Bundesrepublik Deutschland zu einer möglichst weltweiten Präsenz kam, die heute eine weltweite Vertretung unserer Interessen ermöglicht. Ich habe schon manchmal einigen Illusionisten in unserem Land gesagt, die auf Transparenten oder auch sonst zu meinen scheinen, man müsse Außenpolitik und auch Außenwirtschaft sich nur auf Länder beziehen lassen, deren innere Ordnung einem paßt: Das hätte für den Außenminister den großen Vorteil, daß er nur 10 Prozent von dem arbeiten müßte, was er jetzt arbeitet, und das Auswärtige Amt könnte auch auf 10 Prozent seines Bestandes reduziert werden. Das entspricht dann ungefähr dem Anteil der demokratischen Länder an der Zahl der Länder, mit denen wir es zu tun haben. Nun wäre das ja nicht einmal das Schlimmste, wenn wir mit einem kleinen Auswärtigen Amt durchkämen.

Aber in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist es eben tatsächlich so, daß diese Konfrontation mit dem anderen Teil Deutschlands, die wir erlebt haben in den zurückliegenden Jahren, zum Beispiel dazu geführt hat, daß wir in Afrika, wenn auch häufig nur durch Mini-Botschaften, aber immerhin so stark überall vertreten sind – stark will ich nicht sagen, aber überall vertreten sind –, wie wir es sonst nicht gewesen wären. Aber selbst wenn es die DDR nicht gäbe, würde das Interesse der Bundesrepublik Deutschland erfordern, daß wir heute über ein außenpolitisches Instrumentarium in allen Erdteilen verfügen. Zweimal im letzten Jahr ist mir besonders deutlich gesagt worden – von Gesprächspartnern draußen gesagt worden –, daß die Stimme der Bundesrepublik um so besser Gehör findet, je mehr sie ihren Beitrag zu den Problemen und den Sorgen vieler leistet und nicht nur unsere spezifischen Wünsche wiederholt. Gedanken dieser Art hörte ich Anfang September in Genf auf der großen Konferenz der Kernwaffenmächte und einen Monat später während meiner Reise durch einige Staaten Südamerikas.

Lieber Präsident Stödter, ich möchte auch bei dieser Gelegenheit sagen: Auch bei der Vorbereitung dieser Südamerikareise war mir der Rat aus Hamburg sehr wichtig, und ich habe es dankbar zu würdigen gewußt, daß Sie – dasselbe gilt für Staatssekretär Duckwitz, der zusammen mit mir hier ist – auch für die Arbeit der Reformkommission für unseren auswärtigen Dienst, die wir im vorigen Jahr berufen haben, den Rat der Männer hier aus Hamburg in Aussicht gestellt haben, den fachlichen Rat, ohne den wir zumal für diese vielen Gebiete der Berührung zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik nicht auskommen werden. Es ist in der Tat so: Wir gewinnen an Gewicht, wenn wir unsere Interessen auf die Interessen anderer abstimmen. Wir gewinnen nichts, wenn wir verbal so tun, als könnten wir die Frage der Wiedervereinigung demnächst auf die Tagesordnung der internationalen Politik bringen. Dies ist keine resignierende Feststellung, sondern ein notwendiger Hinweis darauf, daß Phraseologie oder Wunschdenken auch in einem Wahljahr nüchternes Denken nicht überwuchern sollte.

Meine Damen und Herren! Wenn wir nach der Rolle der Bundesrepublik Deutschland fragen, so ist sie natürlich unausweichlich von der Tatsache der Teilung Deutschlands bestimmt. Daran kann und darf sich niemand vorbeidrücken wollen. Sie ist auch bedingt durch die Tatsache, daß Europa im Spannungsbereich des Verhältnisses zwischen den beiden Supermächten liegt. Und sie ist schließlich bedingt durch

die Tatsache, daß wir eine Großmacht im militärischen Sinne nicht mehr werden können, auch wenn wir es werden wollten. Ich selbst bin auch gar nicht traurig darüber, daß wir dies nicht mehr werden können. Die Großmächte haben in der Vergangenheit zuweilen an die Ritter des Mittelalters erinnert. Die legten sich bekanntlich immer schwerere Rüstungen zu; sie panzerten auch noch den letzten Knöchel und konnten zum Schluß kaum noch laufen. Nur, sicher waren sie deshalb nicht. Es wird viel davon abhängen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland verstehen, einen wie großen Vorteil es bedeuten kann, nicht die Verpflichtungen zu haben, die andere tragen müssen, und nicht alle falsch verstandenen Statussymbole einer militärischen Großmacht mit uns herumschleppen zu müssen. Im übrigen kann man sich natürlich über die Ungleichheit beklagen, die zwischen den Supermächten und allen anderen besteht. Das macht sich unter Umständen sehr wirkungsvoll und ist ein dankbares Feld nicht nur für diejenigen, die sich offen zum Nationalismus bekennen. Die Verschiedenheit an Macht und Potenz wird aber durch die Mobilisierung von Gefühlen noch längst nicht aus der Welt geschafft.

Wir müssen und wir können, meine Damen und Herren, dafür sorgen, daß wir nicht das Opfer von Drohungen oder Erpressungen werden. Aber wir müssen dann immer gleich hinzufügen, daß Drohungen und Erpressungen auch keine Mittel der deutschen Politik mehr sind. Wir können unsere Ziele nur erreichen, wenn wir noch bestehende Furcht vor Deutschland abbauen und an ihre Stelle Vertrauen setzen. Wenn mich etwas ermutigt hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren, dann ist es das Empfinden – auch wenn es manchmal schwer ist und manches viel länger dauert, als man möchte, daß es dauere –, an dem Abbau von Mißtrauen mitgewirkt zu haben, bestehende Freundschaften gefestigt und einige neue Freunde für unser Land gewonnen zu haben. Und wenn ich eine Überzeugung bestätigt gefunden habe, dann ist es die, daß man als guter Deutscher heutzutage kein Nationalist sein kann.

Nun, meine Damen und Herren, die ersten hundert Tage der neuen amerikanischen Administration sind vorüber. Wir können davon ausgehen, daß der Wunsch, die große Konfrontation abzubauen, sie mindestens besser zu beherrschen, in Moskau und in Washington vorhanden ist. Wir stehen vor einer neuen Phase von Kontakten und Gesprächen zwischen Ost und West. Hier wird es zunächst darum gehen, ob die amerikanische Bereitschaft zu Besprechungen über die Limitierung interkontinentaler strategischer Waffen von der Sowjetunion positiv beantwortet wird. Anzeichen dafür liegen vor. Dabei wird es in der ersten Runde im wesentlichen darum gehen, die Balance neu zu stabilisieren, das heißt, einen Wettkampf zur Einführung neuer Waffensysteme zu vermeiden. Niemand gibt sich einer Illusion darüber hin, daß es schwierig sein und daß es lange Zeit brauchen wird, ehe diese Bemühungen Erfolg haben können. Erst im Falle des Erfolges wird man darangehen können, das vorhandene Arsenal zu reduzieren, was dann natürlich in besonderem Maße die Interessen der Europäer berühren wird.

Die Sowjetunion hat Mitte März mit den anderen Staaten des Warschauer Paktes eine europäische Sicherheitskonferenz vorgeschlagen. Ich glaube, die NATO hat gut daran getan vor einem Monat in Washington, diesen Gedanken nicht rundweg abzulehnen. Dazu hätten wir auch nichts sagen können, wenngleich wir keinen Illusionen nachjagen und wie unsere Verbündeten der Auffassung sind, daß eine derartige Konferenz den realen Gegebenheiten Rechnung tragen, daß heißt, unter Beteiligung der Vereinigten Staaten und Kanadas stattfinden mußte. Es gibt für unseren Teil Europas keine Sicherheit ohne die Vereinigten Staaten. Nebenbei gesagt habe ich den Eindruck, daß das Wissen darum auch in mancher osteuropäischen Hauptstadt um sich greift. Jedenfalls habe ich in London gestern und vorgestern feststellen können, daß diese Überzeugung auch von den neutralen Staaten in unserem Teil der Welt geteilt wird.

Eine gesamteuropäische Konferenz, meine Damen und Herren, ist keine neue Idee. Deshalb muß die Idee als solche noch nicht schlecht sein. Aber eine solche Konferenz, wenn sie eines Tages kommt, sollte wirklich eine gesamteuropäische sein. Mit anderen Worten, sie sollte auch die nicht an eines der beiden militärischen Systeme gebundenen Staaten beteiligen. Wenn es darum geht, wenn es darum gehen wird, nach Wegen zu suchen, um die Konfrontation der Blöcke zu überwinden und auf

diese Weise ein neues, besseres System der Sicherheit vorzubereiten, so berührt das die Interessen aller europäischen Staaten, also auch die Finlands und Schwedens, Österreichs und der Schweiz, Jugoslawiens und Albaniens, Spaniens und Irlands. Es versteht sich von selbst, daß alle diese Länder selbst zu entscheiden haben, ob sie an einer derartigen Konferenz eines Tages teilnehmen würden. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß eine Ablehnung durch die Mehrzahl dieser Staaten einer derartigen Konferenz den Charakter einer bloßen Begegnung der beiden Paktsysteme geben würde. Dies ist nicht unser Interesse; denn es kann nicht unsere Absicht sein, auf diese Weise zu einer Verfestigung des Blockdenkens beizutragen, das insoweit gleichbedeutend ist mit der Spaltung Europas. Diese und andere Überlegungen führen dazu, daß die Vorbereitungen für eine solche Konferenz sehr sorgfältig getroffen werden müssen. Es wäre auch falsch, verfrühte oder gar übertriebene Hoffnungen zu wecken. Die Zusammenkunft der Vertreter von etwa 30 Staaten kann ohne ausreichende, vor allem inhaltliche Vorbereitung sehr leicht ausarten in den Austausch von Deklamationen, Anschuldigungen und solche Vorschläge, die stärker für die nationale und internationale Öffentlichkeit als für den Verhandlungsräum bestimmt sind. Dies wurde der Idee und dem Instrument der europäischen Sicherheit keinen guten Dienst erweisen. Es ist deshalb, jedenfalls von mir aus, nur konstruktiv gemeint, wenn ich sage, daß es jetzt nicht um den Zeitpunkt einer Konferenz geht, sondern um eine verantwortliche Diskussion über Methodik und Themen. Und hierzu möchte ich vor Ihnen einen Beitrag leisten.

In der Budapester Erklärung, die ich eben erwähnte, heißt es, eine der Hauptvoraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit sei – und jetzt nehme ich im Text dieser Erklärung die auf uns direkt bezogenen Elemente –: „Die Unverletzbarkeit“ – ich zitiere wörtlich, also ich gebrauche nicht meine eigene Terminologie; das muß man der Ordnung halber manchmal sagen, weil man die Anführungszeichen sonst immer neu erwähnen muß –, „die Unverletzbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen, darunter der Oder-Neiße-Grenze und auch der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, die Anerkennung der Existenz der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, der Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf ihren Anspruch, das ganze deutsche Volk zu vertreten, sowie ihr Verzicht auf den Besitz von Atomwaffen in jeder Form!

Als ich dies las, meine Damen und Herren, ist mir natürlich die Vokabel „Hauptvoraussetzungen“ aufgefallen. Wäre die Erfüllung dieser bekannten, eben von mir noch einmal vorgetragenen, wenn auch modifizierten sowjetischen Forderungen zur Voraussetzung für das Zustandekommen einer europäischen Konferenz erklärt worden, so hätte man Budapest allein als einen Propagandafels betrachten müssen. Der sowjetische Botschafter hat mir übrigens im Auftrage seiner Regierung erklärt, daß es sich dabei nicht um Vorbedingungen für eine solche Konferenz handele, sondern daß dies Themen seien, über die auf einer solchen Konferenz gesprochen werden müsse. Eine Verständigung darüber betrachte die Sowjetunion als Hauptvoraussetzung für die europäische Sicherheit.

Demnach wäre festzustellen, meine Damen und Herren, daß die Sowjetunion und die anderen Staaten, die den Budapester Appell unterzeichnet haben, von der Auffassung ausgehen, daß die genannten Fragen – was man nicht bestreiten kann – alle Völker Europas interessieren und angehen und daß es sich um eine Thematik handelt, die die Sicherheit aller berührt. Ich halte diese Feststellung deshalb für wichtig, weil damit ein großes Hindernis für das innerdeutsche Gespräch beseitigt werden kann.

Weshalb? Die eben von mir noch einmal registrierten Themen in dem Dokument von Budapest waren nämlich bisher ein wesentlicher Bestandteil der Forderungen der Regierung in Ostberlin gegenüber der Bundesrepublik. Sowohl in den Reden wie in den Dokumenten der in Ostberlin Verantwortlichen sind eben diese Fragen wie die Oder-Neiße-Linie, Atomwaffen, München und anderes zu einer Voraussetzung der Gesprächsbereitschaft überhaupt gemacht worden. Nach Budapest dürfte klar sein, wie es in der Tat auch den Realitäten entspricht, daß all dies keine bilateralen Fragen sind, die etwa zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu regeln wären, sondern daß dies Fragen der europäischen Sicherheit sind, die alle Staaten Europas interessieren.

Nachdem die DDR zu den Unterzeichnern des Budapester Appells gehört, mußte man hoffen dürfen, daß damit auch die nichtrealistischen Voraussetzungen für Gespräche zwischen Bonn und Ostberlin entfallen. Wenn ich sage „hoffen dürfen“, so bedeutet das nicht, daß meine Hoffnung sehr groß ist. Aber man muß auch auf die Nuancen achten.

Vom Münchener Abkommen ist in der Budapester Erklärung nicht die Rede. Diese Frage kann in der Tat bilateral ausgeräumt werden. Für bemerkenswert halte ich auch, daß die DDR uns in dem Budapester Appell gemeinsam mit anderen so bezeichnet, wie wir heißen, nämlich Bundesrepublik Deutschland, während sie im Hausgebrauch noch immer Schwierigkeiten hat, an der Propagandabezeichnung „Westdeutsche Bundesrepublik“ vorbeizukommen. Auch etwas anderes ist bezeichnend: Die Budapester Erklärung spricht von der Anerkennung der Existenz der DDR, nicht von einer völkerrechtlichen Anerkennung. Dies ist wohl kein Zufall. Die Sowjetunion weiß ebenso wie viele andere in Ost und West, daß die Menschen in Magdeburg und Dresden für uns nun einmal keine Ausländer sein können. Wir haben außerhalb jeden Zweifels klargemacht, daß das Verlangen nach völkerrechtlicher Anerkennung gleichbedeutend wäre damit, jeden möglichen Fortschritt zu blockieren. In voller Kenntnis dieser Situation sind eine Reihe von Formulierungen entstanden, die im deutschsowjetischen Gespräch über Gewaltverzicht eine Rolle gespielt haben. Solche Formulierungen wurden gelegentlich auch von Ulbricht schon einmal benutzt. Jetzt tauchen sie, von der DDR mitunterzeichnet, im Budapester Dokument auf und können eben nur bedeuten, daß der Gedanke einer völkerrechtlichen Anerkennung nicht weiter verfolgt wird.

Die letzten Äußerungen aus Berlin, insbesondere die des Politbüromitgliedes Honecker auf der 10. Tagung des Zentralkomitees stehen dazu im Widerspruch. Denn dort heißt es wieder, die völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik sei die Voraussetzung jeder Verhandlung. Wir haben es also einerseits mit Erklärungen sowjetischer Persönlichkeiten zu tun, die ernst genommen werden müssen – ich meine sowohl die Persönlichkeiten wie ihre Erklärungen –, und wir haben es andererseits mit der Tatsache zu tun, daß die Führung der DDR versucht, sich von der Unterschrift in Budapest schon wieder zu lösen und neue Barrieren aufzubauen. Man spielt heute in Ostberlin eine Rolle, die verbal genauso unkonform ist, wie die Truppenparade mit dem Stechschritt am 1. Mai es gewesen ist.

Im Interesse der Klarheit halte ich es für erforderlich, daß die möglichen Wirkungen des Budapester Appells nicht durch Doppelzüngigkeit in Frage gestellt werden. Für die Bundesrepublik selbst erscheint es gerade nach dieser Erfahrung noch wichtiger als vorher, daß das innerdeutsche Verhältnis geklärt wird, bevor es eine derartige Sicherheitskonferenz gibt. Mit anderen Worten: Schon um keine unliebsamen Überraschungen zu erleben, erscheint es mir dringend erforderlich, daß wir durch nicht diskriminierende, insoweit gleichberechtigte Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin, wie sie 1967 in den Briefen des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Ministerrats vorgeschlagen wurden, eine Klärung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Teilen erreichen. Sonst würde eine europäische Sicherheitskonferenz zusätzlich zu anderen Belastungen durch eine übersteigerte Vorführung deutscher Querelen von ihren eigentlichen Aufgaben abgelenkt werden.

Die Bundesrepublik, meine Damen und Herren, hat die Zone verlassen, in der sie den Eindruck erwecken konnte, als stelle sie unerfüllbare Bedingungen auf, indem sie jeden Fortschritt in der Entspannung von Schritten zur Wiedervereinigung abhängig mache. Heute hat es den Anschein, als benutze die DDR-Führung jede Möglichkeit, um Fortschritte in der Entspannung von der Vertiefung der Teilung abhängig zu machen. Dies wird nicht gelingen. Die Interessen Europas und die Interessen der Völker sind auf die Erhaltung des Friedens und den Abbau von Spannungen gerichtet. Wer sich dagegen sperrt, der wird diese Entwicklung vielleicht verzögern, weil sie in sich widerspruchsvoll und schwierig ist, aber wird sie nicht verhindern. Sie geht notfalls über unsere Köpfe hinweg oder um uns herum. Die Bundesregierung hat hieraus die notwendigen Konsequenzen gezogen. Wir haben eigene Beiträge zum Abbau der Spannungen geleistet, und das ganze Bündnis ist heute bereit, zum Beispiel über gleichmäßige Truppenverringerungen, gleichgewichtige, ausgewogene Truppenverringerungen zu sprechen. Auch dies könnte eine gute Vorbereitung für eine Sicherheitskonferenz sein.

Als Beweis dafür, meine Damen und Herren, daß bei aller Schnelligkeit und Hektik die Weltgeschichte sich auch in unseren Tagen ziemlich langsam voranbewegt, möchte ich mich mit ein paar Sätzen selbst zitieren dürfen. Es ist in diesem Fall vielleicht entschuldbar, weil das Zitat einen gewissen Neuigkeitswert hat. Es stammt aus einer Aufzeichnung, die ich als Berliner Bürgermeister im Spätsommer 1964 dem damaligen amerikanischen Außenminister zugestellt habe nach einem Gespräch, das wir miteinander geführt hatten, und es heißt in dieser Aufzeichnung wörtlich: „Fragen der Kommunikation mit osteuropäischen Staaten und Völkern der praktischen Kooperation und zweckmäßigen politischen Verhalten, haben begonnen, eine größere Rolle zu spielen. Das westliche politische Denken geht zunehmend davon aus, die osteuropäischen kommunistischen Staaten nicht mehr als bloße Satelliten der Sowjetunion zu betrachten. Natürlich kann es nicht im westlichen Interesse liegen, Illusionen über den Charakter der osteuropäischen Regime aufkommen zu lassen. Es wäre jedoch töricht, ideologische Auflagen für Kommunikation machen zu wollen. Die westliche Politik wird sich auf Maßnahmen im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich zu konzentrieren, den jeweiligen osteuropäischen Staat als vollwertigen Partner zu würdigen, aber auch dessen militärische und ideologische Bindung in Rechnung zu stellen haben.“

Und ich sagte dann weiter: „Von großer psychologischer und in der weiteren Entwicklung auch tatsächlicher Bedeutung ist die Erörterung und Entwicklung von gemeinsamen technischen Großprojekten. In erster Linie wäre an Vorhaben im Rahmen einer gesamteuropäischen Energiewirtschaft zu denken, wie zum Beispiel den Zusammenschluß von Versorgungslinien in Gebieten von Öl, Gas, elektrischer Energie, die zu einem Lieferungsverbund vielfältiger Formen führen und das Bewußtsein europäischer Zusammengehörigkeit und Gesamtverantwortung nach dem Prinzip eines wohlabgewogenen gegenseitigen Vorteils fördern könnten.“

Ich habe damals zum Beispiel eine europäische Konferenz der Verkehrsminister für langfristige Planungen angeregt und eine Reihe anderer Gebiete bezeichnet, auf denen Einzelinteressen europäische Gesamtinteressen berühren. Das ist jetzt knapp fünf Jahre her, aber ich sehe nicht, daß sich die Aufgabe geändert hätte. Als ich im Budapester Appell – wie immer taktisch bestimmt das gewesen sein mag – ähnliche Merkposten fand, kam es mir vor, als träfe ich alte Bekannte. Ich glaube, das zeigt nur, daß es sich bei solchen Überlegungen um Vorhaben handelt, die das Leben selbst stellt. Ich weiß ja nicht, wie lange es brauchen wird, um die Teilnehmer an einer europäischen Sicherheitskonferenz eines Tages um einen Tisch zu versammeln. Aber ich frage mich, ob wir, die Wirtschaft und die Wissenschaft und die Regierungen in Ost und West so lange warten müssen mit dem, was nützlich und möglich ist auf dem Gebiet der Kooperation und der Kommunikation, bis das Zustande kommt, was wünschenswert ist, nämlich die Verbesserung der europäischen Sicherheit. Ich finde, wir sollten keine Zeit verlieren. Wenn wir auf dem Gebiet wirtschaftlicher und technologischer Verbindungen und Interessen weiterkommen und wirkliche Fortschritte erzielen, dann werden dadurch auf längere Sicht auch andere Fragen gefördert. Dann wird dadurch die politische Entwicklung jedenfalls nicht belastet, sondern wahrscheinlich sogar günstig beeinflußt. Dann wird Mißtrauen abgebaut und neues Kapital an Vertrauen geschaffen. Und gegen diese Sorte von Kapital können wohl auch regierende Kommunisten nichts einwenden, und wenn sie es versuchen, wird das auf die Dauer nichts nützen.

Ich bin sehr dankbar dafür, daß hier in der Einleitungsrede ganz offen von dem weiterbestehenden Wunsch nach Liberalisierung im Osthandel gesprochen worden ist. Ich betrachte dies als eine willkommene Unterstützung. Es ist ja interessant, bei allem Tragischen, was mit der tschechoslowakischen Krise verbunden war, daß die Disziplinierung des Warschauer Paktes, die daraufhin eingeleitet wurde, sich bisher nicht ausgewirkt hat und sich auch nicht auszuwirken scheint als das Zeigen eines roten Lichtes von Moskauer Seite auf den Gebieten der ökonomischen und damit verbundene Zusammenarbeit mit den Staaten zwischen Deutschland und Rußland.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, der nochmalige Hinweis darauf, daß weltweite deutsche Sicherheitspolitik die Erfüllung der Verpflichtungen verlangt, die wir eingegangen sind und die wir uns selbst auferlegt haben. Sie verlangt, daß wir

immer stärker der Verantwortung gerecht werden, die uns als einem der hochindustrialisierten Länder zugewachsen ist. Ich hoffe, daß es niemand falsch versteht und daß es keine Herabsetzung der Juristen, der Wissenschaftler, der Soldaten und der Politiker ist, wenn ich sage: Unsere Außenwirtschaft, vor allem die Bereitschaft zu Investitionen und zu gemeinsamen Projekten mit anderen, ist zum entscheidenden Instrument einer weltweit aufgefaßten Sicherheitspolitik geworden. Bei ihm sind die Schwierigkeiten, es zu benützen, am geringsten, und die Möglichkeiten der eigenen Entscheidung sind am größten. Hier können wir Beiträge zum Abbau von Spannungen so leisten, daß der Nachteil unserer geographischen Lage zu einem Vorteil wird. Ja, man kann einen Schritt weitergehen: Es gibt einen Beitrag, den allein die Bundesrepublik Deutschland leisten kann, den ihr niemand abnehmen kann, für den sie unersetztbar ist, weil wir in der Mitte Europas liegen und weil unser Verhalten mit darüber entscheidet, ob in diesem Teil der Welt der Frieden sicherer wird, in dem die größte Menge an Zerstörungskraft sich gegenübersteht, die es je in der Welt gegeben hat. Die Aufgaben sind groß genug. Die Lasten und Belastungen, die wir mit um, tragen, sind weiß Gott nicht klein.

Nur, in diesem Zusammenhang möchte ich eine Bemerkung darüber machen, wie töricht es ist, wenn davon die Rede ist, daß die Bundesrepublik nach dem Abtritt de Gaulles eine Führungsrolle übernehmen könnte. Wir unterschätzen uns gewiß nicht. Das soll man auch nicht tun; denn dann wirkt man auch nicht glaubwürdig. Aber die Bundesrepublik, meine Damen und Herren, würde die Erfahrung, die auch Frankreich machen mußte, noch viel stärker machen. Führen kann de facto nur, wer eine Gefolgschaft findet. Die Bundesrepublik kann ihre Rolle nur darin finden, den europäischen Völkern überzeugend Vorstellung davon zu geben, wie in unserem Teil der Welt durch Zusammenarbeit der Friede sicherer und vielleicht weniger kostspielig wird. In den kommenden Monaten wird viel Energie darauf zu verwenden sein, die wirtschaftliche Einigung in diesem Teil Europas voranzubringen und nach Möglichkeit auch der politischen Zusammenarbeit neue Impulse zu vermitteln.

Als ich gestern aus London kommend ins Hotel kam, da sah ich die Aufmachung einer von mir sehr geschätzten Hamburger Zeitung. Die Aufmachung lautete, auf dieses Thema bezogen: „Brandt drängt, Kanzler bremst“. Ich kann nur den ersten Teil der Überschrift bestätigen. Es ist so, und es muß so sein, daß der Außenminister in London jetzt und nächste Woche in Luxemburg und in Straßburg und dann danach in Den Haag von der Sache her drängt, die Stagnation in der EWG zu überwinden, an die Erweiterung in dem von Bürgermeister Weichmann genannten Sinne heranzugehen, auch – und nicht notwendigerweise so schematisch damit gekoppelt, wie früher – die Frage der politischen Zusammenarbeit zu ventilieren und dadurch Voraussetzung für gesamteuropäische Kooperation zu schaffen. Da muß man drängen. Da bremst den Außenminister keiner, jedenfalls nicht in der Regierung.

Nur dieses Wort noch unter dem frischen Eindruck meiner Unterhaltungen mit nicht nur den Engländern, sondern den Außenministern der 18 europäischen Staaten, die im Europarat zusammen wirken und verhältnismäßig unspektakulär ein Stück europäischer Infrastruktur schaffen: Wir müssen jetzt in diesen Wochen ein wenig zusätzlicher Selbstdisziplin üben. Frankreich, das französische Volk und seine politischen Kräfte dürfen bitte nicht das Gefühl bekommen, unter Druck gesetzt zu werden. Frankreich muß eine neue Regierung bekommen, und Frankreich muß selbst das Signal geben und selbst sein nächstes Stück des Weges – das wird dann hoffentlich ein Stück gemeinsamen Weges sein – deutlich machen.

Dabei muß der Zusammenhang mit der Organisation des Friedens, das heißt mit der gesamteuropäischen Problematik, den Völkern dieses Kontinents stets lebendig bleiben. Dies sind, meine Damen und Herren, unsere Horizonte, und dies sind, wie ich es sehe, unsere Chancen.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

